Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich	Datum	
5 - Jugend und Soziales	03.07.2003	
	Schriftführerin	Telefon-Nr.
	Sabine Biesenbach	02202/142847
		e-mail
		s.biesenbach@stadt-gl.de

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	Sitzung am Dienstag, 1. Juli 2003
Sitzungsort ServiceResidenz Schloss Bensberg, Im Schlosspark 10, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:10 Uhr - 19:49 Uhr
Sitzungsteilnehmer	

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 25.03.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25.03.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil- 316/2003
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend öffentlicher Teil- 315/2003
- 6. "Denk-mal" an die Zukunft *353/2003*

7. Festlegung der Öffnungszeiten für die beiden Waldkindergärten der Arbeiterwohlfahrt 312/2003

- 8. Verlagerung des AWO-Schülertreffs vom "Q1" in die Gladbacher Grundschule und Übernahme der Trägerschaft durch den Paritätischen Trägerverein 313/2003
- 9. Spar- und Ausbaukonzept für den Aufgabenbereich der Tagesbetreuung für Kinder 318/2003
- 10. Aktueller Sachstand der Neuausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit 347/2003
- 11. Bewirtschaftung des Stellenplanes im Fachbereich 5 352/2003
- **Maßnahmen gegen Hundekot** 348/2003
- 13. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
- B Nichtöffentlicher Teil
- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-
- 2. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-

Bereich Soziales

- A Öffentlicher Teil
- 1. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25.03.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-317/2003
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

351/2003

- 5. Bericht über die Behindertenarbeit in Bergisch Gladbach 343/2003
- 6. Bericht zum Modellprojekt "Leverkusener Altenhilfe in Bewegung" 320/2003
- 7. Bericht "Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach Daten und Angebote" 311/2003
- 8. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
- B Nichtöffentlicher Teil
- 1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25.03.2003 im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-319/2003
- 3. Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-
- 5. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-

Protokollierung

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- eine Einladung der Stadt Bergisch Gladbach zur öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema Der Erlass zur "Offenen Ganztagsschule" Eine kritische Analyse, die am 21.07.2003 stattfindet
- eine Einladung des Agenda-Beauftragten der Stadt Bergisch Gladbach zur Besichtigung des Fassadenbildes als Abschluss des Agenda-Projekts *Internationales Jugendworkcamp in Bergisch Gladbach-Moitzfeld*
- ein Schreiben des Deutschen Jugendinstituts e.V., Leipzig, vom 12.05.2003 an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)
- die Broschüre *SeniorenWegweiser Bergisch Gladbach*, der zum 10-jährigen Bestehen des Seniorenbüros neu aufgelegt wurde
- das Faltblatt Der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- den Wegweiser Aufraffer 2003 Tipps für junge Leute, die ohne Ausbildungsoder Arbeitsplatz sind
- die Publikation des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung Das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen als Beitrag zur Umsetzung des Benachteiligungsverbots im Grundgesetz

Alle genannten Veröffentlichungen sind in den Bürgerbüros der Stadt Bergisch Gladbach erhältlich und liegen in den Broschürenständern der Stadthäuser und des Rathauses Bensberg öffentlich aus.

1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung</u> der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Frau Bendig eröffnet die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:10 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie bedankt sich bei der *Schloß Bensberg Management GmbH* für die Möglichkeit, in der *ServiceResidenz Schloss Bensberg* tagen zu können und bei Frau Renz und Frau Lütke Hüttmann für die informative Führung vor Beginn der Sitzung. Herr **Josef Geurtz** (Kreispolizeibehörde) nimmt als Nachfolger von Herrn Ulrich Rebsdat erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Er ist daher zu verpflichten. Die Vorsitzende verpflichtet Herrn Josef Geurtz in feierlicher Form und begrüßt ihn in den Reihen des Ausschusses. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Sitzungsniederschrift als Anlage 1 beigefügt.

2 <u>Genehmigung der Niederschrift vom 25.03.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher</u> Teil-

Frau Wöber-Servaes stellt zu Tagesordnungspunkt 7 der Niederschrift richtig, dass die Aussage, sie sei der Meinung, dass der Erziehungsauftrag der Eltern nicht auf Kindertageseinrichtungen und Schulen abwälzbar sei, nicht zutreffend ist. Richtigerweise muss es lauten, dass sie der Meinung ist, dass der Erziehungsauftrag der Eltern nicht **allein** an die Kindertageseinrichtungen weitergegeben werden darf.

Im Übrigen wird die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 25.03.2003 in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3 <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25.03.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-</u>

Zu Punkt 12.1 ergänzt Herr Hastrich, dass die Anfrage von Frau Lehnert bezüglich der Belgischen Schule zwischenzeitlich mündlich beantwortet wurde. Da noch keine Fortschritte erzielt werden konnten und noch viele Unwägbarkeiten bestehen, verbleibt es bei der bereits bekannten Aussage, dass die Stadt Bergisch Gladbach gegenüber dem Bundesvermögensamt großes Interesse am Erwerb der Immobilie bekundet hat. Von einem neuen Sachstand wird im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu gegebener Zeit berichtet.

Zu der im Zusammenhang mit Punkt 8 als Anlage beigefügten Änderungsliste fragt Frau Münzer nach, ob die darin enthaltenen Ansätze noch einmal besprochen werden.

Herr Hastrich antwortet, dass es sich um die Haushaltsansätze handelt, die am 03.04.2003 im Finanz- und Liegenschaftsausschuss beraten und vom Rat in seiner Sitzung am 10.04.2003 beschlossen wurden. Die Auflistung als Anlage zum Durchführungsbericht erfolgt nachrichtlich, damit auch die Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach angehören, über die den Fachbereich $5-Ju-gend\ und\ Soziales$ betreffenden und für das Haushaltsjahr 2003 beschlossenen Haushaltsansätze informiert sind.

Im Übrigen wird der Durchführungsbericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

Es wird Einvernehmen darüber erzielt, wegen des angekündigten Vortrags der Behindertenbeauftragten der Stadt Bergisch Gladbach die Sitzung mit dem Bereich Soziales – öffentlicher Teil fortzusetzen. Die Beratung des Bereichs Jugend wird für die Zeit von 17:15 Uhr bis 18:45 Uhr unterbrochen.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend öffentlicher Teil-

Herr Hastrich macht auf die Einladung der Stadt Bergisch Gladbach zur öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema *Der Erlass zur "Offenen Ganztagsschule" – Eine kritische Analyse*, die am 21.07.2003 stattfindet, aufmerksam. Sie wurde zu Sitzungsbeginn an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) verteilt.

Weiterhin macht er auf die Einladung des Agenda-Beauftragten der Stadt Bergisch Gladbach, Herrn Carsten Mai, zur Besichtigung des Fassadenbildes als Abschluss des Agenda-Projekts *Internationales Jugendworkcamp in Bergisch Gladbach-Moitzfeld* aufmerksam, die ebenfalls verteilt wurde.

Im Zusammenhang mit Punkt 6 der Mitteilungsvorlage dankt Herr Hastrich den Trägern, die bereits vor der gesetzlichen Regelung bereit waren, Belegungen in Kindertageseinrichtungen im Umfang von 139 zusätzlichen Plätzen (im Durchschnitt 1,8 Kinder pro Einrichtung) zu ermöglichen. Dies ist dem besonderen Engagement der freien Träger in Bergisch Gladbach zuzuschreiben.

Herr Kotulla teilt mit, dass anlässlich eines Gesprächs mit dem Innenminister über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 bekannt wurde, dass der Finanzminister beabsichtigt, die Finanzierungsanteile des Landes im Bereich des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder in das Gemeindefinanzierungsgesetz zu übernehmen. Das bedeutet, dass das Land die Einzelveranschlagung in diesem Bereich zugunsten der Einführung von Pauschalen – ähnlich der Schulpauschale – aufgeben will. Mit dieser Pauschale werden die Kommunen – auch die Stadt Bergisch Gladbach – nicht in der Lage sein, ihren Bestand einigermaßen zu sichern. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen die Pläne ausgesprochen. Es sei klar, dass bei den geringen finanziellen Spielräumen auch des Landes weniger Geld bei den Kommunen ankommt. Somit werden die Kommunen künftig nicht mehr in der Lage sein, ihre Einrichtungen so wie zurzeit zu bezuschussen ohne Eigenmittel einsetzen zu müssen, über die sie selbst nicht verfügen.

Unter Hinweis auf die zu Tagesordnungspunkt 3 beigefügte Liste und den Beitrag von Herrn Kotulla fragt Frau Wöber-Servaes nach, ob hiervon konkret die Einnahmehaushaltsstelle "Landeszuweisungen – Tageseinrichtungen für Kinder" betroffen sein wird.

Dies bestätigt Herr Kotulla. Herr Hastrich ergänzt, dass diese Haushaltsstelle dem Vermögenshaushalt zugeordnet ist und Investitionsmaßnahmen sowie Instandhaltungen und Sanierungen bezuschusst. Die Einführung einer Pauschale hätte weitreichen-

dere Folgen für die im Verwaltungshaushalt abzuwickelnden Betriebskostenzuschüsse an Einrichtungen.

Bezüglich der Räumlichkeiten im *Q1* teilt Herr Hastrich mit, dass die derzeit als Hort und Schülertreff genutzten Räume am 31.07.2003 von der AWO durch Verlagerung der Angebote frei gezogen werden. Dies hat zur Folge, dass Räume, die seinerzeit mit Landesmitteln erstellt wurden, künftig nicht mehr genutzt würden. Die AWO stellt jedoch in Aussicht, die Nutzung weiterhin sicherzustellen. Sie beabsichtigt an dieser Stelle die Unterbringung des Kindergarten-Museums. Erfreulicherweise ist die Unterbringung dergestalt geplant, dass für den städtischen Haushalt keine Belastungen entstehen werden. Er dankt der AWO für ihre Bereitschaft zu dieser Lösung.

Im Zusammenhang mit Punkt 5 und einem Presseartikel zum *Café Leichtsinn* fragt Frau Münzer nach, ob sich die Kath. Kirche von dem Projekt zurückgezogen hat.

Herr Hastrich antwortet, dass die Ausführungen zu Punkt 5 die aktuelle Situation widerspiegeln. Zudem sagt Herr Hastrich im Rahmen der Niederschrift die detaillierte Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion zu diesem Thema zu. Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.06.2003 und das diesbezügliche Antwortschreiben der Verwaltung sind dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Frau Schöttler-Fuchs schlägt bezüglich der Verteilung der Elternbriefe (Punkt 4) vor, auf eine flächendeckende Verteilung der Elternbriefe zu setzen und sie in Kindergärten, Kinderarztpraxen, Bürgerzentren, Familienbildungsstätten usw. auszulegen. Dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) soll eine Liste über die Ausgabestellen vorgelegt werden.

Herr Zenz führt aus, dass die Elternbriefe als komplette Sätze solange über den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* und das Standesamt abgegeben werden, wie der Lagerbestand reicht. Zukünftig werden alle Eltern bei der Anmeldung ihres neugeborenen Kindes durch das Standesamt über das Angebot und die Bezugsquelle der Elternbriefe informiert und können sie bei Interesse selbst abonnieren.

Frau Wöber-Servaes schlägt vor, die Elternbriefe im Internet zu veröffentlichen.

Herr Hastrich entgegnet, dass dem Urheberrechte entgegenstehen.

Auf Nachfrage von Herr Hoffstadt teilt Herr Zenz mit, dass durch die Entscheidung, den Versand der Elternbriefe einzustellen, insgesamt 7.000 € jährlich eingespart werden.

Herr Hoffstadt schlägt vor zu versuchen, diesen Betrag durch Sponsorengelder gegenfinanzieren zu lassen.

Frau Zanders stellt eine Teilfinanzierung aus Mitteln des Vereins *Bürger für uns Pänz* in Aussicht. Auch Herr Pfarrer Kern könnte sich eine Förderung vorstellen.

Her Kotulla sagt zu, nach Möglichkeiten zu suchen.

6 "Denk-mal" an die Zukunft

Frau Münzer schlägt vor, die Mitteilungsvorlage wegen ihres Bezugs zu Kunst und Kultur auch in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einzubringen.

Herr Kotulla sagt dies zu.

7 <u>Festlegung der Öffnungszeiten für die beiden Waldkindergärten der Arbeiterwohlfahrt</u>

Herr Esser nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Er verlässt die Sitzungsrunde.

Von Frau Wöber-Servaes nach der finanziellen Absicherung der Maßnahme befragt, erläutert Herr Hastrich, dass es sich um eine rückwirkende Absicherung der Kindergartengruppen in finanzieller Hinsicht handelt. Der Beschluss ist notwendig, damit vor der Abrechnung der Betriebskosten mit dem Land Rechtssicherheit hergestellt wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) stimmt der täglichen Öffnungszeit (montags bis freitags) von 8:30 bis 13:15 Uhr für die beiden Waldkindergartengruppen der Arbeiterwohlfahrt in Nußbaum und Frankenforst zu.
- 2. Im Rahmen der Verhandlungen über die Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung ist über die Öffnungszeiten und die Betriebskostenförderung der Waldkindergärten neu zu entscheiden.

Herr Esser kehrt in die Sitzungsrunde zurück.

8 <u>Verlagerung des AWO-Schülertreffs vom "Q1" in die Gladbacher Grundschule</u> und Übernahme der Trägerschaft durch den Paritätischen Trägerverein

Herr Kikol nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Er verlässt die Sitzungsrunde.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Verein "Parität Paritätischer Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rhein-Berg e.V.", wird zum 01.08.2003 die Trägerschaft über den Schülertreff in der Gladbacher Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde übertragen.
- 2. Die Stadt Bergisch Gladbach fördert die anerkennungsfähigen Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) des Schülertreffs in der Gladbacher Grundschule unverändert mit 99 % (abzüglich der Landesförderung für einen großen Schülertreff und einschließlich der vom Jugendamt erhobenen Elternbeiträge).

Herr Kikol kehrt in die Sitzungsrunde zurück.

9 <u>Spar- und Ausbaukonzept für den Aufgabenbereich der Tagesbetreuung für Kinder</u>

Herr Hastrich stellt richtig, dass es unter dem Punkt "Prämissen für die Veränderungen", 8. Spiegelstrich, heißen muss: "Die Reduzierung von Personalstandards etc. ist kein Abbau von Verschwendung/Luxus, sondern erfolgt der Finanznot gehorchend".

Unter Bezug auf das in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) genannte Ziel der Verwaltung, Kindergartenbeiträge künftig zeitnäher bearbeiten zu wollen, stellt Frau Lehnert für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die Bürgermeisterin möge dafür Sorge tragen, dass im Fachbereich 5 die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Einnahmen (z.B. Elternbeiträge) zeitnah eingefordert werden können.

Zur Begründung des Antrags führt Frau Lehnert aus, dass es zu einem Zeitpunkt, in dem Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich finanziell abgebaut werden, unerträglich ist, dass Außenstände nicht zeitnah eingefordert werden, vielmehr jahrelang liegen bleiben.

Herr Schnöring gibt bekannt, dass zu diesem Thema eine schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.06.2003 existiert. Auch im Rechnungsprüfungsausschuss sei über das Thema gesprochen worden.

Herr Hoffstadt schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend zu ergänzen, die **personellen und** organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Bürgermeisterin möge dafür Sorge tragen, dass im Fachbereich 5 die perso-

nellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Einnahmen (z.B. Elternbeiträge) zeitnah eingefordert werden können.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

10 Aktueller Sachstand der Neuausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Frau Schöttler-Fuchs fragt, wer den Produktbereich nach dem Stellenwechsel von Herrn Knops betreut.

Herr Hastrich stellt als neue Stelleninhaberin Frau Petra Liebmann-Buhleier vor. Er erläutert, dass Frau Liebmann-Buhleier neben Stellenanteilen aus ihrem bisherigen Aufgabengebiet im Bereich der Spielplatzplanung und Betreuung von Beteiligungsprojekten von Kindern und Jugendlichen die Aufgaben von Herrn Knops größtenteils übernommen hat.

Herr Kikol bittet den ersten Satz des letzten Absatzes des § 4 des Rahmenvertrags sprachlich anzupassen. Als Formulierungsvorschlag der AG 78 unterbreitet er: "Sollte in den Trägerkonferenzen kein Einvernehmen über die Verteilung der öffentlichen Mittel erzielt werden, wird die Verwaltung des Jugendamtes die Verteilung der finanziellen Ressourcen regeln." Worte, die gegenüber der vorgelegten Fassung entfallen sollen, sind durchgestrichen.

Bezüglich des § 12 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung schlägt Herr Kikol für die AG 78 folgende Formulierung vor: "Der freie Träger ist Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Stadt einander unaufgefordert über wesentliche Veränderungen in den Voraussetzungen, die die Vereinbarung begründen, zu informieren." Worte, die gegenüber der vorgelegten Fassung entfallen sollen, sind durchgestrichen. Die vorgeschlagene Formulierung ist kursiv dargestellt.

Herr Hastrich führt aus, dass es sich bei der vorgelegten Fassung der Vereinbarungen um die Grundkonzeptionen handelt. Bis zur unterschriftsreifen Endfassung werden weitere Änderungen zwischen freien Trägern und der Verwaltung ausgehandelt.

Für die Kath. Kichengemeinde Heidkamp führt Herr Pfarrer Kern aus, dass das Konzept darauf fußt, dass der bisherige Stelleninhaber der Kleinen offenen Tür Heidkamp ausgeschieden ist und der Träger derzeit auf eine Nachbesetzung der Stelle verzichtet. Herr Pfarrer Kern weist ausdrücklich darauf hin, dass der Wohnplatz Heidkamp künftig auf eine vernünftige Abdeckung seiner offenen Kinder- und Jugendarbeit angewiesen ist und sich auf entsprechende Zusagen aus den Vorbesprechungen verlässt.

Herr Hastrich anerkennt ausdrücklich die Vorleistungen der Kirchengemeinde in personeller Hinsicht und bedauert, dass dies nicht in der Vorlage dargestellt wurde.

Bezüglich des § 5 der Rahmenvereinbarung regt Frau Wöber-Servaes an, den Passus "die Einrichtungsträger bemühen sich" durch die verbindlichere Formulierung "die Einrichtungsträger setzen sich dafür ein" zu ersetzen.

Hierauf antwortet Herr Kikol als Trägervertreter, dass die gewählte Formulierung einen Kompromiss unter Berücksichtigung der Vereinsautonomie darstellt und beibehalten werden sollte.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

11 Bewirtschaftung des Stellenplanes im Fachbereich 5

Herr Schnöring bittet um Mitteilung, was sich hinter dem Begriff "kw-Vermerk" zeitlich gesehen verbirgt. Weiterhin fragt er, ob sich hinter der "0,5 Fachkraft Spielplatzplanung" das Kinderbüro verbirgt.

Herr Hastrich erläutert, dass ein kw-Vermerk im Stellenplan aussagt, dass die Stelle beim Ausscheiden des Stelleninhabers künftig wegfallen wird. Hinter der angesprochenen Fachkraft-Stelle verbirgt sich die bisherige Stelle von Frau Liebmann-Buhleier, die einige ihrer Aufgaben mit in ihr neues Aufgabengebiet genommen hat. Ein anderer Teil der Aufgaben soll künftig ins Kinderbüro verlagert werden. Bezüglich des UFO bemerkt Herr Hastrich, dass die bisherige Leiterin der Einrichtung zum 30.06.2003 gekündigt hat. Ein weiterer Kollege ist zum 01.07.2003 in die Verwaltung des Jugendamtes gewechselt und hat dort die vakante Stelle in der Jugendgerichtshilfe angetreten. Derzeit wird das UFO mit reduziertem Personal betrieben, was reduzierte Öffnungszeiten und eine Angebotseinschränkung bedingt. Weiterhin ist im UFO ein Schülertreff angesiedelt. Bezüglich des angestrebten Trägerwechsels kündigt Herr Hastrich für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 14.10.2003 eine Beschlussvorlage an.

Herr Neuheuser regt an, im UFO vorübergehend Honorarkräfte einzusetzen, um ein Angebot vorhalten zu können, mit dem die Klientel für die Einrichtung bis zum Trägerwechsel gehalten werden kann.

Herr Hastrich entgegnet, dass die Stundenzahl des verbliebenen Mitarbeiters aufgestockt wurde. Eine Nachbesetzung der freien Stellen ist nicht möglich.

Frau Wöber-Servaes fragt nach dem kw-Vermerk bei den Fachkräften, die auf dem Spielplatz Gronau tätig sind. Sie möchte wissen, was künftig aus dem Abenteuerspielplatz wird.

Herr Hastrich führt aus, dass die Trägerschaft für den Spielplatz in der Hand des Fördervereins der Kath. Kirche liegt; das Personal seitens der Stadt Bergisch Gladbach gestellt wird. Die Trägerschaft wird zu den Kath. Jugendwerken Rhein-Berg wechseln. Die Verwaltung strebt an, dass künftig das Personal beim freien Träger angestellt wird und der freie Träger einen entsprechenden Personalkostenzuschuss erhält. Deshalb werde bei den beiden Stellen ein kw-Vermerk angebracht.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

12 Maßnahmen gegen Hundekot

Frau Schöttler-Fuchs bedauert, dass an der Saaler Mühle noch kein Hundekot-Behälter aufgestellt wurde. Zudem erinnert Frau Schöttler-Fuchs an ihre Anregung, mit Kindergarten- und Schulkindern im präventiven Bereich zu arbeiten. Sie sollen dafür sensibilisiert werden, auf ihre Eltern, Verwandten und Bekannten einzuwirken und sie zu animieren, Kot ihrer Hunde zu entsorgen.

Herr Hastrich berichtet, dass das Kinderbüro sich mit diesem Thema befasst hat und weitere Aktivitäten im präventiven Bereich starten wollte. Aufgrund der langfristigen Erkrankung der Mitarbeiterin des Kinderbüros können momentan allerdings keine weiteren Aktivitäten umgesetzt werden.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

13 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

13.1. Erhebung von Elternbeiträgen – schriftliche Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 16.06.2003

Die Antwort wurde schriftlich ausgearbeitet und in der Sitzung von Herr Hastrich mündlich vorgetragen. Die Anfrage sowie der Antworttext sind dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

13.2. Café Leichtsinn – Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.06.2003

Die Anfrage der CDU-Fraktion wurde schriftlich beantwortet. Die Anfrage sowie das Antwortschreiben sind dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

13.3. Fassadengestaltung

Nach dem Muster der Abschlussveranstaltung des Agenda-Projekts regt Frau Schöttler-Fuchs an, weitere Fassaden im Stadtgebiet vorzuschlagen, die im Zuge eines Projekts von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden könnten. Bis zum Jahresende bittet sie im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) eine Liste geeigneter Fassaden vorzustellen.

Eine entsprechende Recherche wird zugesagt.

13.4. Entgangene Spende der Bethe-Stiftung

Herr Kikol fragt im Zusammenhang mit der entgangenen Spende der Bethe-Stiftung nach, ob die Jugendeinrichtung, der die Spende zufließen sollte oder andere Einrichtungen Nachteile durch die entgangene Einnahme hinzunehmen hatten oder haben werden Herr Hastrich antwortet, dass keine Zahlungen an den Träger mehr ausstehen. Sie wurden vollständig im Jahr 2002 geleistet. Richtig ist, dass eine Spende der Bethe-Stiftung, die die Verwaltung zum Zweck der Finanzierung der Maßnahmen des Trägers hätte verwenden dürfen, nicht vereinnahmt werden konnte. Die Einnahme betrifft ebenfalls das Haushaltsjahr 2002.

13.5. Zuschüsse zu Freizeit- und Bildungsmaßnahmen

Herr Neuheuser fragt im Zusammenhang mit dem inzwischen genehmigten Haushalt 2003 an, ob nun die Jugendverbände mit der Auszahlung der in Aussicht gestellten Finanzmittel rechnen können. Teilweise mussten die Jugendverbände Maßnahmen vorfinanzieren, um sie durchführen zu können. Herr Neuheuser erinnert daran, dass die Sommerferien vor der Tür stehen und geplante Ferienmaßnahmen anstehen.

Herr Pfarrer Kern merkt ergänzend an, dass dieser Sachverhalt auch auf die Aktivitäten der Stadtranderholung zutrifft.

Herr Hastrich antwortet, dass mit der Genehmigung des Haushaltes am 01.07.2003 eine Kassenbewirtschaftungsanordnung verfügt wurde, nach der bis zum 30.09.2003 nur über 65 % des jeweiligen Haushaltsansatzes verfügt werden darf. Darüber hinausgehende Verfügungen bedürfen der Einzelgenehmigung. Im Hinblick auf die angesprochenen Haushaltsstellen muss mit dem Fachbereich 2 – *Finanzen* verhandelt werden. Die Verhandlungen werden umgehend aufgenommen.

Frau Bendig weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die *Schloß Bensberg Management GmbH* im Anschluss an die Sitzung einen Imbiss reichen wird, zu dem alle Ausschussmitglieder herzlich eingeladen sind. Im Namen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bedankt sich Frau Bendig bei dem Gastgeber für die erwiesene Gastfreundschaft in den Räumen der *ServiceResidenz Schloss Bensberg*.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 19:47 Uhr.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

Aufgrund der geänderten Beratungsfolge eröffnet Frau Bendig den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 17:15 Uhr.

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozial- ausschuss) vom 25.03.2003 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

2 <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 25.03.2003 im</u> Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 <u>Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-</u>

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Unter Bezug auf Punkt 4 der Mitteilungsvorlage nimmt Herr Hastrich zur aktuellen Entwicklung im Bereich der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt Stellung. Er legt dar, wie sich die Lage zum Nachteil der Betroffenen und der Stadt entwickelt hat, indem die Zahl der Hilfeempfänger bis zur Jahresmitte sprunghaft auf 1.670 Fälle angestiegen ist. Im Dezember 2002 waren 1.383 Fälle (ohne die Fälle, die zum 01.01.2003 in die Grundsicherung gewechselt sind) zu verzeichnen. Die leichte Entspannung zum Auszahlungstermin Juli 2003 mit 1.649 Fällen wird nicht als Trend zu wieder sinkenden Fallzahlen aufgefasst. Vielmehr muss im Jahresverlauf mit einem weiteren Anstieg der Hilfe zum Lebensunterhalt gerechnet werden. Die Zahl der Neuanträge auf Hilfe zum Lebensunterhalt lag in der Zeit von Januar bis Mai 2003 mit 406 Neuanträgen (für 731 Personen) mit 27 % höher als 2002 mit 319 Neuanträgen (für 598 Personen). Die Abgänge aus der Hilfe zum Lebensunterhalt dagegen waren rückläufig. Dies bedeutet, dass die Einkommen nicht in dem Maße erhöht werden konnten, dass sich der Bedarf an Hilfe zum Lebensunterhalt hätte deutlich verringern können.

Ein deutlicher Anstieg der Hilfegewährung ist für den Personenkreis der Aussiedler festzustellen. Mit 43 aktuellen Zahlfällen (für 84 Personen) ist die Zahl der Neuanträge für die Zeit von Januar bis Mai 2003 deutlich höher als im Vorjahr mit 16 Zahlfällen (für 43 Personen). Die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt an diesen Personenkreis ist abhängig vom Zeitpunkt der Zuweisung nach Bergisch Gladbach und wird notwendig, sofern die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch, 3. Teil – Arbeitsförderung (SGB III) nicht erfüllt werden

Unter Altersgesichtspunkten macht Herr Hastrich auf den besonders starken Anstieg der Neuanträge in der Altersgruppe der 18 – 25-Jährigen mit 102 Neuanträgen in der Zeit von Januar bis Mai 2003 (gegenüber 65 Neuanträgen im Vergleichszeitraum) aufmerksam.

Die stark gesunkene Zahl von Neuanträgen bei den über 60-Jährigen muss im Licht des am 01.01.2003 in Kraft getretenen Grundsicherungsgesetzes gesehen werden. Viele Personen, die bisher Hilfe zum Lebensunterhalt beantragt hätten, erfüllen seit 01.01.2003 die Anspruchsvoraussetzungen des Grundsicherungsgesetzes.

Krankenhilfe leistet die Stadt Bergisch Gladbach in rd. 400 Fällen entweder durch Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen, falls vor der Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt eine Krankenversicherung bestand, mit Antragsbewilligung eine freiwillige Versicherung abgeschlossen werden kann oder ein Anspruch auf Krankenhilfe nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) besteht.

Herr Schnöring fragt, ob es einen Unterschied macht, ob eine Person in einer Krankenkasse krankenversichert ist oder Krankenhilfe nach dem BSHG erhält.

Herr Hastrich führt aus, dass Krankenhilfe gewährt wird, indem seitens der Verwaltung vor dem Arztbesuch des Hilfeempfängers Behandlungsscheine ausgestellt werden und die Kosten über die Produktgruppe 5-500 – *Hilfe in Notlagen* abgerechnet werden. Die Abrechnung selbst erfolgt nach vorheriger sachkundiger Prüfung durch die *DDG (Deutsches Dienstleistungszentrum für das Gesundheitswesen GmbH* mit Sitz in Essen), die für die Stadt eine ähnliche Funktion wie die kassenärztliche Vereinigung übernimmt. Sie erbringt ihre Leistungen im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung und prüft die Rechnungen nach den Grundsätzen der Krankenkassen. Mithin ist davon auszugehen, dass in der Regel von einer Gleichbehandlung beider Personenkreise auszugehen ist.

Zusammenfassend stellt Herr Hastrich fest, dass je nach weiterer Fallentwicklung für das Jahr 2003 mit einer Überschreitung des Haushaltsansatzes von 2 bis 4 Mio. € ausgegangen werden muss. Ziel des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* ist es, die Ansatzüberschreitung durch passgenaue Fallsteuerung im Einzelfall so gering wie möglich zu halten. Zudem werden mit ortsansässigen Trägern erfolgreich Beschäftigungsmaßnahmen ins Leben gerufen, die auf Personen ohne besondere Vorkenntnisse abgestimmt sind und ihnen einen Ausweg aus der Hilfe zum Lebensunterhalt ermöglichen.

Herr Kotulla überträgt die Aussagen von Herr Hastrich auf die Haushaltssituation der Stadt und stellt fest, dass die Sozialausgaben steigen und die Einnahmen der Stadt weiter sinken. Falls dieser Trend anhält, führt dies die Stadt in ein nicht mehr genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept, in dem die Spielräume noch enger sein werden, als dies 2003 schon der Fall war.

Frau Münzer fragt, was getan werden kann, um der beschriebenen Entwicklung entgegen zu wirken.

Herr Hastrich antwortet, dass der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* auf die Intensivierung der Fallbearbeitung und -steuerung setzt und bemüht ist, Hilfeempfänger dauerhaft wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Derzeit beobachtet die Stadt mit Sorge die Politik der Bundesanstalt für Arbeit und hofft, dass zeitnah Aussagen zur Umsetzung des *Hartz-Konzepts* getroffen werden, die die Aufgabenvertei-

lung zwischen den Arbeitsämtern und den Kommunen klären. Maßnahmen, die im Vorgriff möglich sind, werden ausgelotet.

Herr Hoffstadt bedauert, dass der damalige Antrag der SPD-Fraktion auf Gründung einer BeschäftigungsGmbH in den Gremien nicht abschließend beraten wurde. Ziel dieses Antrags war es, ein Beschäftigungsangebot auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Er regt an, über diesen Antrag in der nächsten Sitzung zu beraten.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, dass die städtische Wirtschaftsförderung mit einem beschäftigungsfördernden Projekt für arbeitslose Jugendliche befasst ist und bittet hierzu Näheres auszuführen.

Dies wird von Herrn Kotulla im Rahmen der Niederschrift zugesagt. Zur Erstinformation des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ist dieser Niederschrift als Anlage 4 ein an die Bürgermeisterin gerichtetes Schreiben beigefügt, das einen Vorschlag für eine Beschäftigungsmaßnahme enthält. Hierzu wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 14.10.2003 Stellung nehmen.

Frau Wöber-Servaes sieht es als Aufgabe des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfeund Sozialausschuss) an, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Sie bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass das Arbeitsamt erklärt hat, wegen fehlender personeller Kapazitäten nicht mehr an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnehmen zu können. So steht dem Ausschuss spezifisches Wissen nicht zur Verfügung.

Herr Hastrich schätzt, dass bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung des *Hartz-Konzepts* vorliegen müsste, sofern er – wie beabsichtigt – zum 01.01.2004 Gesetzeskraft erlangen soll. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) unter Einbeziehung des Arbeitsamtes und von Überlegungen zur Beschäftigungsförderung umfassend aufbereitet und vorgestellt.

Herrn Schnöring ist es wichtig, in diesem Zusammenhang klare Finanzierungsmodelle vorgestellt zu bekommen.

Die Dokumentation der PowerPoint-Statistik von Herr Hastrich zur Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

5 Bericht über die Behindertenarbeit in Bergisch Gladbach

Die Behindertenbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach, Frau Hildegard Allelein, berichtet über die Arbeit mit und für Menschen mit Behinderungen in Bergisch Gladbach. Sie berichtet von den Anfängen der Arbeit über die Konstituierung des *Beirates für Menschen mit Behinderungen* am 14.01.2002 bis hin zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG).

Anhand zahlreicher Beispiele macht sie deutlich, was in Bergisch Gladbach erreicht

werden konnte, wo unerledigte Aufgaben zu finden sind und welche Aufgabenstellungen künftig anzugehen sind.

Eine Zusammenfassung des Berichts von Frau Allelein ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Herr Hoffstadt dankt Frau Allelein für ihren Vortrag und ihr Engagement für Menschen mit Behinderungen. Er ist der Auffassung, dass noch mehr in Gang gekommen ist, seit *der Beirat für Menschen mit Behinderungen* seine Arbeit aufgenommen hat. Er sagt dem Beirat die Unterstützung der SPD-Fraktion für seine Arbeit zu.

Frau Münzer erinnert an die Behindertenmesse, die kürzlich in Bergisch Gladbach stattgefunden hat und würdigt den beachtlichen Anteil, den Frau Allelein auch am Zustandekommen dieser Messe gehabt hat.

Frau Wöber-Servaes sieht in Bergisch Gladbach noch viele Stellen, die im Sinne der Menschen mit Behinderungen noch zu verändern oder zu verbessern wären. Beispielhaft nennt sie die Barriere an der Straßenbahnhaltestelle am Wickenpfädchen in Refrath, die nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für Eltern mit Kinderwagen und Radfahrer ein Hindernis darstellen. Sie regt an, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr möge sich dieser und anderer Stellen im Stadtgebiet annehmen, die Barrieren für Menschen mit Behinderungen darstellen.

Frau Villaret macht darauf aufmerksam, dass die Barriere am Wickenpfädchen als Drängelgitter für die Sicherheit der Schulkinder unverzichtbar ist.

Nach Meinung der Ausschussmitglieder möge die Verwaltung die von Frau Wöber-Servaes vorgetragene Anregung an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr heran tragen und bezüglich der Barriere am Wickenpfädchen Kontakt zur KVB aufnehmen. Möglicherweise kann eine andere sichere Lösung gefunden werden.

Herr Schnöring erkundigt sich, ob nach Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes im Bereich der Bauplanung und im Rahmen von Bautätigkeit eine Beteiligung der Vertretung der Menschen mit Behinderungen verpflichtend ist. In dem Zusammenhang spricht er das Verbandsklagerecht an, das das Gleichstellungsgesetz dem Beirat von Menschen mit Behinderungen einräumt, § 13 BGG.

Frau Allelein führt aus, dass Beteiligungen bereits erfolgt sind und weist darauf hin, dass es sich bei der barrierefreien Gestaltung um eine gesetzliche Soll-Vorschrift handelt.

Bezüglich der Verbandsklage beteuert Herr Gronemeyer dieses Instrument nur als allerletztes Mittel zum Einsatz bringen zu wollen. Vernünftige Vorhaben für die Allgemeinheit sollten nicht auf diese Weise blockiert oder gar verhindert werden.

Frau Bendig dankt Frau Allelein für ihre Ausführungen.

6 Bericht zum Modellprojekt "Leverkusener Altenhilfe in Bewegung"

Frau Münzer bezeichnet die Vorlage als interessant und regt an, Herrn Dr. Jan Schrö-

der von der *Dr. Jan Schröder Beratungsgesellschaft mbH*, mit der die Stadt Leverkusen das Modellprojekt durchführt, auch einmal in den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach einzuladen. Insgesamt sei positiv aufgefallen, dass Senioren nach eigenen Wünschen und Vorstellungen befragt werden.

Herr Schnöring stellt sich vor, die positiven Erfahrungen aus dem Leverkusener Modellprojekt in die Fortschreibung der Bergisch Gladbacher Zielvereinbarung Altenhilfe einzuarbeiten.

Herr Hastrich führt aus, dass viele Elemente des Leverkusener Modellprojekts in Bergisch Gladbach bereits vereinbart sind und umgesetzt werden. Er weist auf die Fachrevisionen hin, die in Altenbegegnungsstätten verpflichtend durchgeführt werden. Über die Ergebnisse wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) berichtet werden. Ebenso sind die Einrichtungen verpflichtet worden, ihre Nutzer nach ihren Wünschen und Vorstellungen zu befragen und das Angebot bewerten zu lassen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

7 <u>Bericht "Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach - Daten und Angebote"</u>

Herr Hoffstadt führt für die Antrag stellende SPD-Fraktion aus, dass der Hauptausschuss in seiner Eigenschaft als "Stadtentwicklungsausschuss" zuständig ist. Aus dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) heraus können Empfehlungen an den Hauptausschuss gegeben werden. Aus seiner Sicht zeigt der Bericht die demographische Lage auf und macht den Handlungsbedarf für die Stadt deutlich. Allerdings fehlt im Bericht eine Bevölkerungsprognose: Wie wirkt sich die Besiedlung des Hermann-Löns-Viertels aus? Wie entwickelt sich künftig der Wohnplatz Kippekausen, in dem derzeit viele ältere Menschen leben? Herr Hoffstadt regt an dem Hauptausschuss zu empfehlen, ein Prognoseinstrument zu entwickeln, das in sinnvollen Zeiträumen Daten auszuwerten und die Entwicklung zu beobachten hilft.

Bezüglich der Familienfreundlichkeit merkt Herr Hoffstadt an, dass es in Bergisch Gladbach eine überdurchschnittlich gute Versorgung mit Hortplätzen gibt. Dies macht Bergisch Gladbach für Familien attraktiv. Als Anregung an den Hauptausschuss möchte Herr Hoffstadt herangetragen wissen, dass die Verwaltung daran arbeiten möge, Familien stärker bewusst zu machen, was in Bergisch Gladbach für Familien bereits getan wird. Erst wenn dies bekannt ist, kann ggf. eine weitere Optimierung erfolgen. Jeder Fachbereich der Stadtverwaltung solle auflisten, welche Leistungen er bereits für Familien erbringt. In der Folge sollen vier bis fünf Indikatoren für Familienfreundlichkeit benannt werden, die in ihrer Gänze an Projekte angelegt und Maßstab für politisches Handeln werden sollen. Als Beispiel nennt er den Maßstab frauenfreundliche Bauleitplanung.

Frau Wöber-Servaes teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage des Berichts begrüßt. Leider veralteten die darin enthaltenen Zahlen schnell. Für die tägliche Arbeit der gesamten Stadtverwaltung müsse das Bewusstsein geweckt werden, dass alles

Planen und Bauen sich auf die Belange der Senioren, Menschen mit Behinderungen, Kinder usw. bezieht und folglich als Querschnittsaufgabe der gesamten Stadtverwaltung und nicht nur des Fachbereichs 5-Jugend und Soziales verstanden werden muss. Sie regt eine Fortschreibung des Berichts nach dem Muster des Sozialatlasses an

Frau Bendig ergänzt, dass alle Studien feststellen, dass jeder Ansatz, der familienfreundlich, kinderfreundlich oder seniorenfreundlich ist, einfach menschenfreundlich ist und dazu führen wird, dass Menschen sich in ihrer Stadt wohl fühlen.

Herr Schnöring betont den Prozesscharakter des Themas. Neben der Stadtverwaltung sieht er auch die Ratsfraktionen in der Pflicht, ihr Bewusstsein zu schärfen.

Es besteht Einvernehmen, die vorgetragenen Positionen als Empfehlungen an den Hauptausschuss heran zu tragen.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Förderung der Altenbegegnungsstätten

Frau Akkermann fragt an, ob bereits entschieden wurde, ob, wie und nach welchen Kriterien die künftige Förderung der Altenbegegnungsstätten erfolgen wird und welche Altenbegegnungsstätte ggf. aufgegeben werden soll.

Herr Hastrich antwortet, dass derzeit Gespräche mit den Trägern der Altenbegegnungsstätten geführt werden. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 14.10.2003 kündigt Herr Hastrich eine Ausschussvorlage an. Sie soll die einvernehmliche Lösung vorstellen, die zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und den Trägern derzeit ausgehandelt wird. Ziel bleibt, nach Maßgabe des Haushaltssicherungskonzepts alle Altenbegegnungsstätten mit reduzierten finanziellen Mitteln weiterführen zu können. Die AWO hat sich mit der Stadt Bergisch Gladbach darauf verständigt, zum 31.12.2004 aus der Förderung der Altenbegegnungsstätten auszuscheiden. Sie beabsichtigt dennoch weiterhin Angebote für Senioren vorzuhalten.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) beschließt, im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Soziales unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Jugend zu beraten.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:45 Uhr.